



- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitbürger*innen und Mitbürger,

vielen Dank für Ihre Teilnahme an der heutigen Gedenkfeier zur Reichspogromnacht.

Schauen wir zunächst zurück: In der Nacht vom 9. auf den 10. November vor 85 Jahren wurden in unserem Land Synagogen, Häuser und Geschäfte, die Juden gehörten angezündet und zerstört. In der Nacht und an dem darauffolgenden Tag starben mehrere Tausende Juden. Zehntausende wurden verhaftet, vertrieben und verschleppt.

Die Polizei griff in dieser schrecklichen Nacht nicht ein. Nur wenige Menschen trauten sich, den jüdischen Mitbürgern zu helfen und schritten ein. Der Großteil schaute nur zu oder weg und ließ die Taten geschehen.

So auch in Ettlingen. Um 5:30 Uhr wurden unter der Führung von Eugen Stadelhofer, dem damaligen SA-Sturmbannführer und Leiter des Lagers der Westwallarbeiter, die Synagoge aufgebrochen und angezündet.

Erst gegen 7:00 Uhr hörte man den Feueralarm, doch gelöscht wurde das Feuer nicht. Die Westwallarbeiter drohten den Feuerwehrmännern, diese einzusperrern, sollten Sie nur einen Tropfen Wasser zur Löschung des Brandes vergießen.

Am Tag des 10. Novembers wurden auf dem Marktplatz verhaftete Juden zur Schau gestellt und es erschallten Parolen wie „Juda verecke“. Nachbarn, Kollegen und Freunde wurden plötzlich geächtet und verraten.

Vor allem dieser Tag war und ist für unser Land ein Sturz in den Abgrund der Unmenschlichkeit, weil es den Start des hemmungslosen Bekämpfens der jüdischen Bevölkerung bedeutete. Denn was folgte, ist bekannt: unsägliche Gräueltaten des NS-Regimes an unschuldigen Menschen wegen deren Herkunft, Religion oder Überzeugung.

Seitdem mahnen wir an diesen Gedenktagen – egal ob Reichspogrom, Volkstrauertag oder Totensonntag und rufen „nie wieder“. Wie leicht diese Aussage doch bisher war.

Und damit ein Blick auf die aktuelle Zeit: Am 07.10.2023, vor ziemlich genau einem Monat, überfiel im Morgengrauen mehrere tausende palästinensische Terroristen Israel. Der Angriff begann mit Raketenbeschuss, gefolgt vom Vordringen der Hamas auf israelisches Staatsgebiet.

Dabei folterten und töteten die Hamas und ihre Verbündeten über 1.400 Zivilisten und Soldaten, verletzten 4.100 Menschen, entführten rund 250 weitere Personen. Dieses grausame Fanal ist der größte Massenmord an Juden nach dem zweiten Weltkrieg.

In den Tagen danach war bei uns zunächst Schockstarre. Entsetzen über das zivile Elend auf israelischer und palästinensischer Seite, Friedensgebete und Kundgebungen. Solidarität mit Israel als Teil unserer Staatsraison. Nie wieder.

Doch dann plötzlich an vielen Orten in Deutschland pro Palästinensische und israelfeindliche Demonstrationen. Offener Antisemitismus. Auf Hunderten Pro-Palästina-Demonstrationen in ganz Deutschland wurden volksverhetzende Parolen skandiert. In Essen wurde am Wochenende auf einer Demonstration das Kalifat propagiert, also ein islamistischer Gottesstaat.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz verzeichnet seit dem 7. Oktober über 1800 Straftaten in Zusammenhang mit dem Terroranschlag gegen Israel.

Aus unserem bisherigen Lippenbekenntnis „Nie wieder“ wird jetzt eine praktische Aufforderung, tatsächlich nicht wegzusehen. Auch bei uns in Ettlingen. Jetzt und heute. Nicht wegsehen, wenn fremden- oder demokratiefeindliche Äußerungen und Haltungen erkennbar werden. Sie denken, diese gibt es bei uns nicht? Leider doch. Einige Beispiele:

- Es ist zu missbilligen, dass vor 2 Wochen in den sozialen Medien in einer Ettlingengruppe eine Diskussion darüber entbrannte, warum in Baden-Württemberg und auch in Ettlingen an manchen Gebäuden als Zeichen der Solidarität die Israelflagge gehisst wurde.
- Es entsetzt das dabei stattfindende Gleichsetzen der israelischen Verteidigung mit dem Überfall der Hamas.
- Ich kritisiere diejenigen, die vor 2 Tagen am Müllergebäude an der Alb „Free Palastine“ auf die Fassade gepinselt haben. Der Schriftzug wurde entfernt, die Tatsache, dass es offensichtlich Judenfeindlichkeit auch hier bei uns gibt, bleibt.

- Ich prangere an, dass ein Büro einer Landtagsabgeordneten in der Fußgängerzone mit Hassparolen beschmiert wurde.
- Und ich bekomme Angst, wenn der AFD-Stadtrat unter Zeugen zu mir sagt, dass er die demokratischen Regeln akzeptiere – aber wer wisse, wie lange noch.

Es kostet mich Kraft, das hier zu sagen. Denn ich bin mir bewusst, was an Gegenwind über mich hereinbrechen kann. Aber all das nicht an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen, wäre für mich vergleichbar dem damaligen Schweigen. Wir dürfen fremden- und demokratiefeindlichen Aussagen nicht hinnehmen.

Nie wieder ist jetzt. Das gilt für uns alle. Gerade jetzt.

Der WELT-Autor Jacques Schuster sagt:“ Wer Juden hasst oder sie als Botschaft Israels verfolgt, wer Homosexuellen den Tod wünscht, die Emanzipation der Frau zurückdrängen will, die Vielfalt der Lebensentwürfe und Religionen für Teufelszeug hält, der hat sich im Jahrhundert geirrt und kann getrost ins Mittelalter zurückkehren.“

In all diesen Punkten gilt unsere erhöhte Aufmerksamkeit für ein „nie wieder“ und zwar jetzt. Wir Demokraten sind dafür verantwortlich unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu verteidigen.

Dies ist keine Option, sondern unsere Pflicht. Für die Menschen in Israel und Palästina, für die Menschen in der Ukraine und in Russland, für die wegen ihrer Sexualität oder Religion Verfolgten, für die Unterdrückten und Gefangenen, für die damals und heute verfolgten Juden, für unsere zukünftigen Nachfahren in einer hoffentlich friedlichen Welt. Denn jede Form der Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit vergiftet unsere Gesellschaft.

Jedes Jahr kommen wir hier am Mahnmal, am Standort der ehemaligen alten Synagoge, zusammen. Unvergessen bleiben für immer die Taten dieser schrecklichen Nacht.

Rückgängig machen, kann man sie nicht. Aber wir müssen jetzt hinschauen, aufstehen und gegen all das angehen, was unsere Demokratie erneut gefährdet. Denn „nie wieder“ ist jetzt. Ich danke für Ihr Kommen und hoffe auf Ihre Unterstützung dabei.